

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Westdeutscher Rundfunk

Ständige Publikumskonferenz der
öffentlich-rechtlichen Medien
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20a
04317 Leipzig

Appellhofplatz 1 50667 Köln
Telefon +49 (0)221 220 2100 Telefax +49 (0)221 220 772100

Köln, 26. August 2015

**Ihr Schreiben vom 22. Juli 2015 zum Beitrag auf tagesschau.de
„Tsipras schürt Zweifel an Reformwillen“**

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22. Juli 2015 an NDR-Intendant Lutz Marmor zu dem o.g. Beitrag. Ihr Brief wurde zuständigkeitshalber an den WDR weitergeleitet, wo er am 27. Juli 2015 eingegangen ist.

Sie erheben darin Beschwerde gegen den Beitrag von Ralph Sina „Tsipras schürt Zweifel an Reformwillen“ auf tagesschau.de. Sie beanstanden, der Autor würde durch grobe Falschdarstellung und die Verbreitung unbewiesener Behauptungen „in eklatanter Weise ARD-Programmgrundsätzen widersprechen“ und „Misstrauen und Ressentiments gegenüber unserem europäischen Partnerland Griechenland“ schüren. Unsere Berichterstattung sei „willkommene Stichwortgeberin für Grexit-Befürworterinnen und -Befürworter aller politischer Lager“.

Ihr Schreiben werte ich als förmliche Programmbeschwerde, da Sie einen Verstoß gegen Programmgrundsätze behaupten, also eine Rechtsverletzung rügen. Konkret angesprochen sehe ich § 5 Abs. 6 Satz 2 WDR-Gesetz. Danach sind Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit zu prüfen.

Damit einer Beschwerde stattgegeben wird, ist es nicht zwangsläufig ausreichend, dass ein journalistischer Fehler nach allgemeinem Verständnis vorliegt, erst recht reicht es nicht, dass der Beitrag nach Auffassung des Beschwerdeführers oder ggf. des WDR kritikwürdig ist, sondern es muss ein Rechtsverstoß bezogen auf die im WDR-Gesetz vorgeschriebenen Grundsätze für das Programm vorliegen.

Nach eingehender Prüfung komme ich zu dem Ergebnis, dass die von Ihnen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen, sodass ich Ihrer Programmbeschwerde nicht abhelfe.

Es bleibt Ihnen unbenommen gegen diesen Bescheid den Rundfunkrat des WDR innerhalb eines Monats ab Zugang anzurufen. Dabei hat der WDR-Rundfunkrat, wenn er

sich mit der Programmbeschwerde befasst, dieselben rechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

Nachfolgend erläutere ich Ihnen die Gründe für die Abweisung Ihrer Beschwerde:

Ralph Sina hat berichtet, was sich in offiziellen Verlautbarungen finden lässt, was ihm eigene Quellen mitteilten und er hat versucht – was auch die Aufgabe von Korrespondenten ist – politische Zusammenhänge darzustellen und einzuordnen.

Der Bericht beginnt mit dem positiven Feedback der EU-Kommission und der Institutionen auf das Handeln der Regierung in Athen, die nicht nur die aufgelaufenen Schulden beglichen, sondern auch ein neues Reformpaket ins griechische Parlament eingebracht hatte. Allerdings verweist der Bericht zu Recht auf die Tatsache, dass die zwei umstrittenen Reform-Maßnahmen – die Abschaffung der Frühpensionierungen und die Streichung fast aller Steuervorteile für griechische Landwirte – aus der Liste der Sofortmaßnahmen gestrichen worden waren.

Sie bestreiten den Wahrheitsgehalt der nachfolgenden Passage des Artikels:

„Das lässt nicht nur in der Finanzbranche, sondern auch bei der EU-Kommission und der Eurogruppe alle Alarmglocken läuten: Sie stellen sich die Frage, ob Athen schon wieder mit einer Reform-Verzögerungstaktik beginnt, kaum dass die EU einen Überbrückungskredit von mehr als sieben Milliarden Euro zur Begleichung der Schulden beim IWF und der Europäischen Zentralbank nach Athen überwiesen hat.“

Einen Verstoß gegen die Vorgabe, Nachrichten vor ihrer Verbreitung auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit zu prüfen, kann ich darin jedoch nicht erkennen.

Am Reformwillen der griechischen Regierung gab es vor der Parlamentssitzung von Athen in Brüssel vereinzelt Zweifel im Kreis der EU-Kommission. Ausgelöst wurden diese durch die Tatsache, dass Griechenlands Premier zunächst aus eigener Initiative den EU-Geldgebern in Aussicht gestellt hatte, über die Abschaffung der Steuerprivilegien für Landwirte abstimmen zu lassen. Dann wurde dieser Punkt von der Tagesordnung gestrichen – darüber berichtete auch der WDR.

Die Sorge, ob Athen nötige Reformschritte erneut verzögert, wurde in Brüssel dann auch auf der mittäglichen Pressekonferenz von Wirtschafts- und Währungskommissar, Pierre Moscovici, am 22. Juli 2015 auf Nachfrage von Journalisten thematisiert. Der Begriff „Alarmglocken“ mag in diesem Zusammenhang zugespitzt sein, weist aber auf die damalige Angespanntheit bei den politischen Akteuren hin. Tatsache ist, dass Ralph Sina im Vorfeld mit Mitarbeitern der EU-Kommission gesprochen hatte, die nicht namentlich genannt werden wollten. Sie sprachen von der Befürchtung in der Kommission und in der Eurogruppe, dass wichtige Reformschritte verzögert werden könnten.

Da die beiden o.g. Maßnahmen jedoch nicht auf der Liste der unverzüglich geforderten Sofortmaßnahmen standen, hat die Redaktion von tagesschau.de unter dem später am

selben Tag um 14:21 Uhr auf der Seite stehenden Text des Brüssel Korrespondenten Malte Pieper eine Klarstellung formuliert (<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/tsipras-481.html>), die auch noch einmal auf den Text von Ralph Sina verwies und zu diesem verlinkte. Darin hieß es:

„Anmerkung der Redaktion: Obwohl es nicht auf der Liste der unverzüglich geforderten Sofortmaßnahmen steht, hatte die griechische Regierung ursprünglich geplant, heute auch schon über die Abschaffung der Frühpensionierung sowie über die Streichung von Steuervorteilen für griechische Landwirte abstimmen zu lassen. Dieser Plan wurde inzwischen zurückgezogen. Nach Informationen des ARD-Hörfunkstudios Brüssel gab es im Vorfeld in der EU-Kommission zumindest vereinzelt Unmut über diese Rücknahme. Gleichwohl war das Vorgehen aber mit der EU-Kommission abgestimmt, wie diese noch einmal ausdrücklich betont.“

Im Folgenden äußern Sie weitere Kritik, nehmen jedoch dabei weder ausdrücklich noch implizit auf konkrete Programmgrundsätze Bezug. Daher gehe ich davon aus, dass dies nicht Teil der förmlichen Beschwerde nach § 10 Absatz 2 WDR-Gesetz ist. Dennoch gehe ich inhaltlich gerne auch auf diese Punkte ein:

So kritisieren Sie die Darstellung des CNN-Interviews mit Varoufakis als „nebulös“ und „themenfremd“ und monieren eine in Ihren Augen „unsaubere Übersetzung“. Inhaltlich kann ich diesem Vorwurf nicht folgen. Wie alle Medien ausführlich berichteten, stand der EU-Gipfel zur Griechenland-Rettung, auf dem das Reformpaket von allen Beteiligten verabschiedet wurde, mehrfach vor dem Scheitern. Die notwendige Vertrauensbildung von Seiten der griechischen Regierung wurde dabei von mehreren Gipfelteilnehmern auch in Interviews als zentrale Zukunftsaufgabe bezeichnet. Insofern ist die Tatsache, dass der ehemalige griechische Finanzminister, Yannis Varoufakis, nach diesem Gipfel in einem Interview gegenüber CNN Fehler einräumte, durchaus von Bedeutung.

Denn unabhängig von der Tatsache, dass der Unterschied zwischen „einer ganzen Reihe“ und „für etliche“ eher semantische Bedeutung haben dürfte, ist der Verweis auf das Eingeständnis von Yannis Varoufakis an dieser Stelle sicher entbehrlich gewesen. In diesem Punkt gebe ich Ihnen Recht. Ihn dennoch zu bringen ist aber gleichwohl zulässig. Ralph Sina verweist auch darauf, dass in Brüssel, Washington und Frankfurt die internationalen Griechenland-Geldgeber nun hoffen, dass Tsipras nicht erneut den Fehler macht, Reformen zu verschleppen. Denn das entscheide nicht nur über die Freigabe weiterer Kredite, sondern auch über eine Schuldenerleichterung.

Schließlich wenden Sie sich gegen den letzten Absatz des Beitrages. „Anlassloses Orakeln“, wie Sie schreiben, mag ich in der Schlussfolgerung von Ralph Sina nicht erkennen. Hier erfolgt eine Einordnung und Einschätzung durch den langjährigen, erfahrenen Brüssel-Korrespondenten. Der Verweis auf Bundeskanzlerin Angela Merkel ist dabei, wenn man die Verhandlungen auf europäischer Ebene in den letzten Mona-

ten verfolgt hat, aus meiner Sicht durchaus gerechtfertigt.

Da ich nicht erkennen kann, an welcher Stelle Sie eine „Falschmeldung“ im Bericht von Ralph Sina sehen, gehe ich davon aus, dass mit der o.g. redaktionellen Anmerkung von tagesschau.de Ihrer Forderung Genüge getan wurde.

Abschließend folgender Hinweis: Die förmliche Programmbeschwerde gemäß § 10 Absatz 2 WDR Gesetz ist nicht als öffentliches Verfahren ausgestaltet. Dies vorweggeschickt, weise ich mit Blick auf die von Ihnen angekündigte Veröffentlichung dieses Schreibens auf der Webseite Ihres Vereins darauf hin, dass diese in Ihrer ausschließlichen Verantwortung liegt und sämtliche eventuell berührte Rechte Dritter (Urheberrechte, Persönlichkeitsrechte, Datenschutz) durch die Ständige Publikumskonferenz geprüft/geklärt werden müssen.

Ich würde mich freuen, wenn ich Ihnen verdeutlichen konnte, welche Überlegungen in Ihrem Fall zu meiner Bewertung geführt haben.

Mit freundlichen Grüßen



Tom Buhrow